

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Datum: 12.11.2019
Ort: Beratungsraum 118 im Rathaus, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 16:33 Uhr - 18:44 Uhr
Vorsitz: Bürgermeister Michael Stötzer

Beschlussfähigkeit

Soll: 13 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 11 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Volkmar Zschocke	Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/ Die Grünen	17:18 Uhr; TOP 4.3 dienstlich
-----------------------	---	----------------------------------

Ausschussmitglieder

Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI
Herr Otto Günter Boden	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Reiner Drechsel	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion
Herr Dr. Dieter Füsslein	FDP-Fraktion
Herr Bernhard Herrmann	Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI
Herr Falk Ulbrich	CDU-Ratsfraktion
Herr Jörg Vieweg	SPD-Fraktion
Herr Steffen Wegert	AfD-Stadtratsfraktion

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion	i. V. für Herrn Müller
---------------------------	--------------	---------------------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Peter Börner	Amtsleiter Amt 67
Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Herr Dr. Frank Feuerbach	Leiter Stabsstelle 06.1
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Nicolas Hamann	Abteilungsleiter Abt. 61.4
Herr Thomas Michalla	Abteilungsleiter Abt. 61.2

Herr Matthias Nowak	Abteilungsleiter Abt. 15.3
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17
Herr Christian Schmidt	Sachbearbeiter Abt. 61.4
Herr Norman Schröder	Abteilungsleiter Abt. 52.2
Frau Gabriele Schulze	Referentin Dezernat 6

Schriftführerin

Jessica Dittrich

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **Ausschussvorsitzende Herr Bürgermeister Stötzer** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Vorstellung der Architektur des Neubaus für einen LIDL-Markt an der Fürstenstraße 5
-

Frau Naumann (LIDL Vertriebs-GmbH & Co. KG) berichtet anhand einer Präsentation zum geplanten Neubau eines LIDL-Marktes auf der Fürstenstraße 5. Sie geht auf die Entstehungsgeschichte des Projektes ein und bringt den Ausschussmitgliedern im Weiteren das Baukonzept näher. Als Grundlage für das gewählte Konzept greift sie die Demografie sowie Mitarbeiterstrukturen am Standort auf. Sie schildert, dass man mit dem Neubau modern wirken und die Erwartungshaltung der Kunden erfüllen möchte. Zum Abschluss präsentiert sie den geplanten Grundriss sowie die Architektur des Marktes.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass man für das Vorhaben das bestehende Baurecht beachten müsse. Aus diesem Grund habe man sich entschieden, die Pläne vorstellen zu lassen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sieht trotz des interessanten Konzeptes die Nachhaltigkeit als nicht gegeben an. Er weist darauf hin, dass die Architektur nicht mit der des Sonnenberges vereinbar sei.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) sieht den Fokus beim regionalen Einkaufen und stimmt Herrn Stadtrat Scherzberg in seinen weiteren Ausführungen zu. Er fragt nach, ob LIDL über architektonische Alternativen nachdenken werde und wie sich die Verkaufsflächen in Zukunft entwickeln werden. Er möchte wissen, welche Auswirkungen die Erweiterung auf das bestehende Einzelhandels- und Zentrenkonzept hat.

Frau Naumann antwortet, dass man sich hinsichtlich der Architektur viele Gedanken gemacht habe. Die Errichtung eines zweiten Geschosses stelle für sie eine städtebauliche Aufwertung dar. Aktuell verfüge der Markt über eine Verkaufsfläche von 1.000 qm. Nach der Erweiterung ständen 1.300 qm zur Verfügung. Sie erklärt, dass der Markt als Nahversorger deklariert ist und dies auch erfülle. Derzeit prüfe man noch, welche Nutzung für das Obergeschoss in Frage komme.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) sieht in der vorgestellten Architektur einen guten Kompromiss.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stimmt Herrn Stadtrat Scherzberg zu. Er sieht die Nachhaltigkeit auch nicht als gegeben an. Er macht bewusst, dass der Ausschuss konkrete Vorstellungen haben sollte, was man sich für solch einen Standort wünscht. In den vorgestellten Planungen sehe er im Vergleich zu denen vom letzten Jahr positive Entwicklungen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sagt, dass die Planer die Kritik an der Gestaltung aus der letzten Diskussion aufgegriffen hätten. Er fragt nach den Plänen zur Unterstützung von E-Mobilität.

Herr Köhler (LIDL Vertriebs-GmbH & Co. KG) erklärt die Pläne zur E-Mobilität. Man plane, weitere Ladestationen zu installieren. E-Fahrzeuge könnten eine Stunde kostenlos parken und laden. Längerfristig gesehen, wolle man dies auch für E-Bikes anbieten.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein zeigt sein Interesse und macht auf die Bedeutung solch einer Infrastruktur aufmerksam.

Frau Naumann gibt an, dass der Standort eine sehr gute Resonanz erfahre. Mit Hilfe von Kundenanalysen habe man ermittelt, dass mehr als 35 % der Kunden den Markt zu Fuß besuche. Sie sieht es als wichtig an, den Kreuzungsbereich besser einzubinden.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/DIE PARTEI)** antwortet **Herr Bürgermeister Stötzer**, dass man den Markt nicht bis an die Dresdner Str. ziehen könne, da in diesem Bereich bereits ein Küchenstudio existiert.

Herr Stadtrat Scherzberg stellt den Anwesenden ein anderes Konzept von LIDL vor.

Herr Stadtrat Herrmann macht bewusst, dass man von den Investoren mehrgeschossige Objekte fordere und dabei die Auslastung der Bestehenden aus den Augen verliere.

4 Beschlussvorlagen an den Stadtrat

- 4.1 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan Nr. 19/02
"Eckstraße/Zöllnerplatz"
Vorlage: B-302/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Die Punkte 1 Buchstabe a) und 1 Buchstabe b) werden nicht abgestimmt, da keine Einwendungen vorliegen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 1 einstimmig zu. (11 Ja-Stimmen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt Punkten 2 und 3 en-bloc einstimmig zu. (11 Ja-Stimmen)

- 4.2 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 93/28 "Ausbau Neefestraße im Abschnitt Autobahn - Jagdschänkenstraße"
Vorlage: B-305/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Dr. Füsslein (CDU-Ratsfraktion)** antwortet **Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61)**, dass die Teilaufhebung des Bebauungsplanes mit verfolgt, die betroffenen Flächen herauszulösen, um auch für die Ansiedlung von Gewerbe zur Verfügung stehen zu können. Die CWE zeige aufgrund des guten Standortes großes Interesse an der Änderung.

Herr Bürgermeister Stötzer weist darauf hin, dass die Abwägungen unter Punkt 1 Buchstabe a) wie folgt korrigiert werden:

- Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage: Ordn.-Nr. 11 inetz
- Anlage 1, Seite 2 der Beschlussvorlage: Ordn.-Nr. 11 ESC
- Anlage 1, Seite 3 der Beschlussvorlage: Ordn.-Nr. 12 MITNETZ Strom.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu. (11 Ja-Stimmen)

Die Punkte 1 Buchstabe b) und 1 Buchstabe c) werden nicht abgestimmt, da keine Einwendungen vorliegen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkten 2, 3 und 4 einstimmig zu. (11 Ja-Stimmen)

- 4.3 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 18/08 "Braustolzgelände - Entwicklungsgebiet 1"
Vorlage: B-306/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt, wann die Bestandsgebäude saniert werden.

Herr Mierbach (Investor) antwortet, dass das Baugebiet drei verschiedene Areale umfasst. Erst nach Bestätigung der Abwägungs- und Satzungsbeschlüsse könne man mit der Sanierung bzw. mit Ersatzneubauten beginnen. Er gibt an, dass für die Baumaßnahmen im Entwicklungsgebiet 2 Bauvorbescheide eingereicht wurden und diese derzeit durch das Baugenehmigungsamt geprüft werden.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob für das Areal ein Konzept zur Verkehrserschließung geplant sei. Ebenso stellt er die Berücksichtigung des Radverkehrs in Frage.

Herr Mierbach gibt an, dass es sein Wunsch gewesen sei, die Radwegverbindung zu öffnen. Dies wurde seitens der betroffenen Anwohner abgelehnt. In Abwägung mit der Stadt Chemnitz wurde entschieden, den Wünschen zu entsprechen. Als Kompromiss wolle man das Gebiet mit einem kombinierten Fußweg anschließen und die Radfahrer mit entsprechenden Schildern auf das Absteigen hinweisen.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion)** antwortet **Herr Mierbach**, dass in einem Vertrag mit der Stadt Chemnitz die öffentliche Widmung und die Übergabe festgehalten wurden.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) erklärt, dass die öffentliche Widmung in jedem Baugebiet eine Einzelfallentscheidung darstellt. Er legt die Gründe dar, die in diesem Fall zu der Entscheidung geführt haben.

Herr Stadtrat Herrmann möchte wissen, ob die Entscheidung gegen die direkte Radwegverbindung endgültig sei und auf welcher rechtlichen Grundlage diese beruht.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) berichtet, dass die Straße nicht der Stadt gehöre und man es somit nicht ohne weiteres durchsetzen könnte. Er sieht die Gefahr nicht so gegeben wie befürchtet und schlägt vor, im Anschluss nochmal das Gespräch mit den Anwohnern zu suchen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt, wann mit der Sanierung der Bestandsgebäude im besten Fall begonnen werden könnte.

Herr Mierbach gibt an, dass dies so schnell wie möglich geschehen soll. Zuvor sei für März/April 2020 der Bau der Zufahrtsstraßen geplant. Gleichzeitig hänge es von der Bearbeitungszeit der Baugenehmigungen ab.

Herr Bürgermeister Stötzer stellt zu den Abwägungen unter den Punkten 1 Buchstabe b) und 1 Buchstabe c) richtig, dass bei den Ordn.-Nr. 21, 25 und 26 nur ein Sachverhalt vorliegt und daher „1.“ zu streichen ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe a) en-bloc einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe b)

- Ordn.-Nr. 6 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 21, 1. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 21, 2. Sachverhalt einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 25 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen)
- Ordn.-Nr. 26 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt dem Punkt 1 Buchstabe c)

- Ordn.-Nr. 21 einstimmig zu (12 Ja-Stimmen).

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität stimmt den Punkten 2 und 3 einstimmig zu. (12 Ja-Stimmen)

5 Petitionsvorlagen an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

Petition gegen die Änderung und Einleitung eines Verfahrens zur 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Chemnitz für den Bereich Walter-Janka-Straße im Stadtteil Adelsberg sowie gegen das damit in Verbindung stehende Verfahren des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 19/11 "Adelsberg-Südabrundung"
Vorlage: P-002/2019 Einreicher: Herr Hösel aus Chemnitz und 693 Unterzeichner

Herr Bürgermeister Stötzer leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Thiele (Mitunterzeichner der Petition) stellt sich den Ausschussmitgliedern vor. Er erläutert, dass mittlerweile fast 700 Personen die Petition unterstützen und sich gegen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Adelsberg-Südabrundung“ aussprechen. Seiner Ansicht nach sollte auf die klimatischen Entwicklungen reagiert und weniger unnötige Flächen versiegelt werden. Er könne nicht verstehen, warum eine Fläche, die im Grundbuch als Erholungsfläche beschrieben sei, bebaut werden soll.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) beschreibt das Gebiet anhand eines Lageplans.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt, dass hierzu Beschlüsse gefasst wurden und räumt ein, dass man den Umfang der Maßnahmen falsch eingeschätzt habe. Er gibt kritisch zu bedenken, ob unter diesen Umständen weitere Flächen versiegelt werden sollen. Seiner Ansicht nach sollte man als Kommune die globalen Entwicklungen ernst nehmen.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion)** antwortet **Herr Butenop**, dass der Lageplan nicht mehr aktuell sei und vereinzelt Wohnhäuser errichtet wurden.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob die Flurstücke eingetragene landwirtschaftliche Nutzflächen sind.

Herr Butenop könne dies nicht zweifelsfrei beantworten. Eine landwirtschaftliche Nutzung sei ihm nicht bekannt.

Laut **Herrn Thiele** würde das Grundbuchamt die Flächen als Erholungsflächen führen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) kritisiert, dass die Verwaltung keine Stellung beziehe. Er vertritt die Meinung, dass man mit einer Petition kein Verfahren der Bauleitplanung abhelfen könnte. Dennoch lägen für ihn ökologische und infrastrukturelle Aspekte vor, welche für die Petition sprechen.

Herr Butenop erklärt, dass man zuerst prüfe, ob eine Petition als solche vorliegt. Des Weiteren geht er auf die Instrumente der Baugesetzgebung ein. Vor der Einbringung eines Aufstellungsbeschlusses in den Ausschuss prüfe man ämterübergreifend die Machbarkeit des geplanten Vorhabens. Die Verwaltung habe bewusst auf eine inhaltliche Abwägung verzichtet, da das Bauleitplanverfahren noch laufe und dies nur im Gesamten betrachtet werden könne.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** antwortet **Herr Butenop**, dass 20 bis 35 Wohneinheiten geplant seien. **Herr Stadtrat Berger** macht außerdem auf die mögliche Gefahr aufmerksam, Einzelinteressen zu vertreten.

Herr Stadtrat Vieweg hinterfragt die Möglichkeit eines Kompromisses und sieht in einem neuen Wohngebiet auch eine Chance.

Herr Thiele erklärt die Bedeutung des Erhalts der großen Grünfläche. Auf den anderen Flächen sehe er durchaus Potential für Eigenheime. In diesem Zusammenhang macht er auf weitere Baulücken und den Rückbau von versiegelten Flächen aufmerksam.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) bittet um eine Stellungnahme des Vorhabenträgers und schlägt deshalb vor, die Petitionsvorlage nochmal in der kommenden Sitzung aufzurufen.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) stimmt Herrn Stadtrat Fritzsche zu. Er gibt Herrn Thiele zu bedenken, dass die Bebauung der zweiten Baureihe und Erhaltung von Teilen der Grünfläche einen Kompromiss darstellen könnte. In seinen Augen seien somit Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erinnert daran, dass die Fläche 2 im Rahmen der Beschlussfassung im Mai 2019 verkleinert wurde. Ebenso habe man für das ansässige Gewerbe sowie die Freizeit- und Sportflächen Bestandsschutz ausgesprochen. Er befürwortet die Anhörung des Investors sowie den Vorschlag der Verwaltung, der Petition nicht abzuhelpfen.

Herr Bürgermeister Stötzer fasst abschließend aus Sicht der Verwaltung zusammen, dass die Flächen bereits in der Vergangenheit als gemischte Bauflächen ausgewiesen waren. Im Stadtrat wurden die Weichen für eine Erweiterung der Grundschule Adelsberg gestellt. Ebenso sehe das Amt für Jugend und Familie kein Defizit im Kita-Bereich. Aus seiner Sicht könne man sich nur über die Größe der zu versiegelnden Flächen abstimmen.

Die Ausschussmitglieder bestätigen einstimmig (12 Ja-Stimmen) die Vertagung der Petition P-002/2019 in die übernächste Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität.

6 Beschlussvorlagen an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität

- 6.1 Aufstellungsbeschluss zur Klarstellungs- und Ergänzungssatzung
Nr. 19/15 Chemnitz - Röhrsdorf
Vorlage: B-325/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt die Notwendigkeit der Satzung an.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, inwieweit die angedachte Trassenführung mit der Satzung abgestimmt sei.

Herr Butenop antwortet, dass für die Trassenführung ein gesondertes Planfeststellungsverfahren erfolgen werde. Die heutige Satzung regle nur die Bebaubarkeit des Innenbereiches. Je nach Trasse werden die betroffenen Grundstücke im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens verkehrsrechtlich geordnet.

Aufgrund der Frage von **Herrn Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion)** erklärt **Herr Butenop**, dass man vorrangig in den Ortschaften Planungen einleite, wo es erforderlich sei. Jede Ortschaft sollte individuell betrachtet werden. Er macht auf die bestehenden Bebauungspläne bzw. das Baurecht aufmerksam.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) schließt sich der Bitte an, dass solch eine Satzung auch für andere Ortschaften erarbeitet wird.

Beschluss B-325/2019

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

1. Für das Gebiet Röhrsdorf soll eine Klarstellungs- und Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nrn. 1, 2 und 3 BauGB aufgestellt werden.
Die Satzungen können miteinander verbunden werden.

Der Geltungsbereich der Klarstellungs- und Ergänzungssatzung wird durch die Planzeichnung (Anlage 3) bestimmt. Sie ist Bestandteil des Aufstellungsbeschlusses.

2. Der Öffentlichkeit sowie den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ist gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(11 Ja-Stimmen)**

- 6.2 Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10/17 Wohn- und Mischgebiet Adelsbergstraße/Bernhardstraße
Vorlage: B-300/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-300/2019

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität beschließt:

Der Entwurf zur 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10/17 Wohn- und Mischgebiet Adelsbergstraße/Bernhardstraße, bestehend aus der Planzeichnung und dem Auszug aus der geänderten Begründung, wird in der Fassung vom September 2019 gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(11 Ja-Stimmen)**

- 7 Verschiedenes
-

- 7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung
-

Herr Dr. Feuerbach (Leiter Stabsstelle 06.1) informiert, die Ausschussmitglieder zum EU-Projekt „URBACT“, welches ein Städtenetzwerk für nachhaltige Stadtentwicklung ist. In diesem Zusammenhang wurde das Netzwerk „ALT/BAU“ gegründet, in dem insgesamt sieben Städte mitwirken. Er berichtet von öffentlich wirksamen Aktivitäten sowie von der aktuellen Kampagne. Über inhaltliche Entwicklungen werde man im kommenden Jahr mit einer Informationsvorlage informieren.

Herr Bürgermeister Stötzer berichtet im Zusammenhang mit dem Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“ zu den vom Stadtrat beauftragten Architektur- und Gestaltungswettbewerben. In nächster Zeit werde der Wettbewerb zur Gestaltung der geplanten Oberschule am Hartmannplatz beginnen. Er kündigt an, den Ausschuss regelmäßig über den neusten Sachstand zu informieren.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) stellt Fragen zum Bau des EDEKA-Marktes in Einsiedel.

Herr Bürgermeister Stötzer sichert einen gemeinsamen Termin zur Klärung der Fragen zu.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** antwortet **Herr Bürgermeister Stötzer**, dass in nächster Zeit nicht mit einer Sperrung des Parkplatzes an der Johanniskirche durch den Eigentümer zu rechnen sei.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt nach der Fertigstellung der Grundschule in Klaffenbach.

Herr Reinhardt (Leiter SE 17) antwortet, dass man die Maßnahmenliste derzeit bewerte und im Anschluss auch dem Ausschuss vorstellen werde. Man wolle die jetzige Bauphase nutzen, um bis zum Ende der kommenden Sommerferien so viel Maßnahmen wie möglich umzusetzen.

8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden **Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** bestimmt.

17.12.2019 *Stötzer*
Datum Michael Stötzer
Vorsitzender
des Ausschusses

18.12.2019 *Fritzsche*
Datum Tino Fritzsche
Mitglied
des Ausschusses

18.12.2019 *B. Herrmann*
Datum Bernhard Herrmann
Mitglied
des Ausschusses

18.12.2019 *J. Dittrich*
Datum Jessica Dittrich
Schriftführerin